



DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ
LES HÔPITAUX DE SUISSE
GLI OSPEDALI SVIZZERI

Versand per e-mail an
info@hbb.sbf.admin.ch

z.Hd. Frau Ramona Nobs

Ort, Datum Bern, 23.5.2023
Ansprechpartner/in Ines Trede

Direktwahl 031 335 11 11
E-Mail ines.trede@hplus.ch

Konsultation des Umsetzungsvorschlags zur Stärkung der Höheren Berufsbildung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zu den Umsetzungsmassnahmen Stellung nehmen zu können.

H+ ist der nationale Spitzenverband der öffentlichen und privaten Schweizer Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen. Aktuell zählt der Verband 205 Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen an 435 Standorten 12 Verbandsmitglieder und ca. 138 Partnerschaftsmitglieder. H+ vertritt die politischen Interessen seiner Mitglieder auf nationaler Ebene.

1 Allgemeines

H+ unterstützt ausdrücklich die Zielsetzung, die Attraktivität der höheren Berufsbildung zu stärken. Deshalb begrüssen wir die Umsetzung der Massnahmen des Projektes «Stärkung der Höheren Berufsbildung» des SBFi in diesem Jahr. Massgeblich ist dabei, dass sämtliche Massnahmen sich förderlich auf die Attraktivität der vom Fachkräftemangel stark betroffenen Gesundheitsbranche auswirken.

2 Stellungnahme H+

2.1 Bezeichnungsrecht «Höhere Fachschule»

- 1) Befürworten Sie grundsätzlich den Umsetzungsvorschlag «Bezeichnungsrecht als zusätzliche Rechtsfolge der Anerkennung eines Bildungsgangs» des SBFi mit Blick auf das definierte Ziel der besseren Sichtbarkeit und Bekanntheit der HF als Institution?

JA

Begründung: Der Umsetzungsvorschlag berücksichtigt das Anliegen, die Sichtbarkeit der Höheren Fachschulen als Institution zu erhöhen. Er entspricht auch der Zielsetzung, keine Bereinigung der Anbieterstruktur auszulösen und stellt eine schlanke und schnell umsetzbare Lösung dar.

2) Falls ja: Haben Sie weitere Hinweise für die Konkretisierungsarbeiten?

Hinweise

Im Rahmen der Konkretisierungsarbeiten soll zwingend geprüft werden, ob die Anerkennungsverfahren administrativ noch weiter verschlankt werden können.

H+ unterstützt die Empfehlung des SBFI, die Verankerung des Bezeichnungsrechts auf Gesetzesstufe vorzunehmen, namentlich im BBG. So wäre die Einschränkung des Grundrechts auf Wirtschaftsfreiheit, zu der ein Bezeichnungsrecht führen kann, in jedem Fall rechtlich legitimiert. Auch mit Blick auf die Zielgrössen Wirkung, Sichtbarkeit und Bekanntheit ist ein politisch legitimer und gesetzlich abgestützter Bezeichnungsschutz ein angemessenes Signal.

2.2 Titelzusätze für die höhere Berufsbildung: «Professional Bachelor» und «Professional Master» (Prüfauftag)

1) Befürworten Sie grundsätzlich die Einführung der Titelzusätze «Professional Bachelor» und «Professional Master» für die Abschlüsse der höheren Berufsbildung?

Ja, jedoch unter der dem Vorbehalt, dass eine für die Gesundheitsbranche tragfähige Umsetzungsvariante gefunden wird.

Begründung

H+ unterstützt die Stärkung der Attraktivität der Berufsbildung grundsätzlich und befürwortet deshalb die Einführung der Titelzusätze «Professional Bachelor» und «Professional Master» für die Abschlüsse der höheren Berufsbildung. Für die eigene Branche gilt dies jedoch nur unter dem Vorbehalt, dass die heute im Gesundheitsbereich geltende Dreistufigkeit (BP, HF, HFP) beibehalten und die Stufe NDS HF integriert werden kann.

2) Befürworten Sie grundsätzlich den Umsetzungsvorschlag «Einheitliche Titelzusätze pro Abschlusstyp» des SBFI mit Blick auf das definierte Ziel der Erhöhung der Sichtbarkeit und Verständlichkeit der HBB-Abschlüsse?

NEIN, bis auf weiteres ein Moratorium für den Gesundheitsbereich

Begründung

H+ stützt die grundsätzlichen Ziele, die Attraktivität der höheren Berufsbildung zu stärken. H+ zweifelt jedoch daran, dass der skizzierte Umsetzungsvorschlag im Gesundheitsbereich aktuell dazu beitragen wird. Ganz grundsätzlich fehlt bisher ein verlässlicher Wirksamkeitsnachweis, dass ein Titelzusatz eine relevante Stärkung von etablierten Abschlüssen der Höheren Berufsbildung erreichen kann. Im Gegenteil ist seitens Gesundheitsbranche zu befürchten, dass sich die Massnahme negativ auf die Attraktivität der vom Fachkräftemangel stark betroffenen Gesundheitsbranche auswirken wird, wie im Folgenden skizziert:

Zum ersten bildet der Umsetzungsvorschlag nicht die notwendige Dreistufigkeit und die Berücksichtigung der NDS HF ab. Diese ist nötig, da sich Absolvierende einer eidgenössischen Berufsprüfung Langzeitpflege und Betreuung und einer höheren Fachschule (HF) Pflege stark im erreichten Kompetenzniveau unterscheiden. Diese Unterschiede sind auch rechtlich verankert: so erhalten nur die im Gesundheitsberufegesetz aufgeführten Abschlüsse (vgl. GesBG Art. 12 Abs. 2) eine Bewilligung zur Berufsausübung in eigener fachlicher Verantwortung und zur Abrechnung bestimmter pflegerischer Leistungen (Art. 7 KLV, Art. 49 KVV). Dazu gehören Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner HF oder BSC of Science, jedoch nicht die Absolvierenden einer Berufsprüfung.

Zum zweiten ist bisher nicht abgeklärt worden, ob die internationale Diplomanerkennung der diplomierten Pflegefachpersonen mit einem gemeinsamen Titel-Zusatz von HF und Berufsprüfung kompatibel ist (EU 2005/36/EG). Die EU sieht eine automatische Anerkennung von bestimmten Berufsqualifikationen wie den diplomierten Pflegefachpersonen vor, sofern Mindeststandards in der Ausbildung wie bestimmte Lerninhalte und eine allgemeine (generalistische) Pflegequalifikation erreicht werden.

Zum dritten steht zu befürchten, dass es im Arbeitsalltag zu Unklarheiten aufgrund der Ähnlichkeit der Berufstitel kommen kann, namentlich bei der Fachfrau / dem Fachmann Langzeitpflege und Betreuung FA und der/dem Diplomierten Pflegefachfrau/-fachmann HF, wenn beide den Titel "Professional Bachelor" anhängen. Dies würde die Attraktivität des Abschlusses Pflege HF nicht stärken, sondern verringern - und damit die Ziele der aktuellen Ausbildungsoffensive unterlaufen.

Aus oben genannten Gründen fordert H+ ein Moratorium der Einführung für den Gesundheitsbereich, da die zweistufigen Titelnachteile zum jetzigen Zeitpunkt keinen Mehrwert im Gesundheitsbereich bringen. Dies bedeutet, auf die Einführung der Titelnachteile zu verzichten, bis die oben genannten Problematiken geklärt werden können.

Wir unterstützen es ausdrücklich, tragfähige Umsetzungsvarianten zu erarbeiten und sind gerne bereit, uns in die Lösungssuche aktiv einzubringen. **Dabei verweisen wir auf die alternativen Lösungen, die OdASanté in ihrer Stellungnahme skizziert hat.**

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen für weitere Auskünfte gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Anne-Geneviève Bütikofer
Direktorin



Ines Trede
Fachverantwortliche Bildung